



# Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG  
**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222  
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

*Nr. 95 • Die Woche im Bundestag • 13.05.2011*

## **Ende von Osama bin Laden ist nicht das Ende von Al-Qaida**

Durch das verbrecherische Wirken von Osama bin Laden haben weltweit tausende unschuldige Menschen ihr Leben verloren. Die Bilder der Anschläge vom 11. September, die Anschläge im Irak, in Tunesien, Bali, Marokko und anderen Regionen der Welt haben eine ganze Generation mitgeprägt.

Osama bin Laden war ein Massenmörder. Dass diesem Paten des Terrors sein blutiges Handwerk gelegt werden konnte, ist eine gute Nachricht für alle friedliebenden und freiheitlich denkenden Menschen in der Welt.

Wir alle wissen, dass das Ende von Osama bin Laden nicht das Ende von Al-Qaida ist. Das Terrornetzwerk besteht fort. Die Ereignisse der letzten Monate, der Anschlag auf dem Frankfurter Flughafen und die Festnahmen in Nordrhein-Westfalen, zeigen, dass sich auch unser Land im Fadenkreuz der Terroristen befindet.

Wir müssen weiterhin wachsam sein und international kooperieren. Wir denken dabei besonders an unsere Soldatinnen und Soldaten, aber auch die anderen Helfer aus Deutschland, die in Afghanistan tätig sind. Wir wissen, wie gefährlich ihr Einsatz ist. Zusammen mit der internationalen Gemeinschaft wollen wir das Land so stabilisieren, dass es nicht wieder zu einer Basis des Terrors werden kann.

### **Hilfsmaßnahmen für Portugal und Griechenland**

Die EU-Kommission hat in dieser Woche Dokumente zum Hilfsantrag Portugals vorgelegt. Das Bundesministerium der Finanzen wird die Dokumente übersetzen und dem Haushaltsausschuss vorlegen, um Einvernehmen mit dem Deutschen Bundestag gemäß dem Gesetz zur

Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus herzustellen.

Der Finanzbedarf Portugals liegt bei insgesamt 78 Mrd. €. Das Hilfspaket soll über drei Jahre bis 2014 laufen, in denen Portugal zwei Jahre lang nicht mehr auf die Kapitalmärkte angewiesen ist. Im dritten Jahr soll Portugal sukzessive an die Märkte zurückgeführt werden. Die vereinbarten Konsolidierungsmaßnahmen erstrecken sich zu zwei Dritteln auf Ausgabesenkungen und zu einem Drittel auf Einnahmesteigerungen einschließlich erheblicher Privatisierungsmaßnahmen. Diese Maßnahmen sind unverzichtbare Voraussetzung für die Hilfe.

Im Falle Griechenlands haben EU-Kommission, IWF und EZB im Juni turnusgemäß festzustellen, ob das Land die Kreditauflagen umsetzt und ob die Schuldentragfähigkeit weiterhin gegeben ist. Das bestehende Hilfspaket sieht vor, dass Griechenland 2012 an die Märkte zurückkehrt. Die aktuelle Bonitätsherabstufung und Marktbewertung wirken dem entgegen. Es ist richtig und notwendig, dass alle Beteiligten im ständigen Austausch zu den griechischen Entwicklungen stehen. Es muss aber auch möglich sein, dass dieser Austausch zunächst einmal nicht in der Öffentlichkeit ausgetragen wird, zumal die Kapitalmärkte auch auf nicht spruchreife Gedanken oft übermäßig reagieren. Auch hier gilt, ruhig und faktenbezogen zu entscheiden.

### **Union stärkt Verbraucherschutz.**

Hinter dem „Gesetz zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen“, das wir in dieser Woche in erster Lesung behandelt haben, verbirgt sich ein äußerst bedeutsames Verbraucherschutzgesetz.

Es bringt entscheidende Verbesserungen zugunsten der Konsumenten. Besonders wichtige Änderungen sind dabei:

- Telefon-Warteschleifen

Sie dürfen künftig nur noch bei Ortsnetzziffern, herkömmlichen Mobilfunknummern und entgeltfreien Rufnummern uneingeschränkt eingesetzt werden.

Bei Sonderrufnummern nur dann, wenn der Anruf einem Festpreis unterliegt oder (bei zeitabhängiger Abrechnung) der Angerufene die Kosten des Anrufs während der Warteschleife trägt;

- Unterbrechungsfreier Anbieterwechsel im Festnetz:

Mit der Neuregelung wird das abgebende Unternehmen dazu verpflichtet, den Endkunden so lange weiter zu versorgen, bis alle technischen und vertraglichen Details mit dem annehmenden Unternehmen geklärt sind.

Versorgungsunterbrechungen dürfen maximal einen Kalendertag dauern; die Verbraucher erhalten ein Sonderkündigungsrecht für Telefon- und DSL-Verträge bei Umzug; im Mobilfunk kann der Verbraucher künftig unabhängig von der Vertragslaufzeit jederzeit seine Rufnummern auf einen anderen Vertrag übertragen lassen;

- Mehr Transparenz bei der Geschwindigkeit von Breitbandanschlüssen

Häufig schließen Verbraucher bisher Verträge z.B. über DSL 6000 ab, erhalten dann aber eine viel niedrigere Leistung. Hier wird für mehr Transparenz gesorgt.

- Größere Anreize für Investitionen in neue Hochgeschwindigkeitsnetze.

Neben dem Ausbau neuer Netze soll auch eine wettbewerbskonforme Förderung des Breitbandausbaus erreicht werden.

**Schulen haben umfassenden Bildungsauftrag**

Nach einer neuen Allensbach-Studie haben Schulen aus der Sicht der Bevölkerung einen umfassenden Bildungsauftrag.

Erwartet wird nicht nur die erfolgreiche Vermittlung von Wissen, sondern genauso die Vermittlung von Werten und Persönlichkeitsbildung, wie die Erziehung zu Hilfsbereitschaft (66%) und Teamfähigkeit (64%), Leistungsbereitschaft (65%), Höflichkeit (61%), Selbstbewusstsein (60%) und Disziplin (54%).

Die Voraussetzungen, auf die Schulen aufbauen können, werden bereits in hohem Maße in den Elternhäusern gelegt. 74% der Lehrer an Hauptschulen, aber nur 28% der Lehrer an Gymnasien gaben an, dass Eltern sich zu wenig für die schulischen Leistungen ihrer Kinder interessierten.

Nur 6% der Lehrer an Hauptschulen und 33% der Lehrer an Gymnasien haben zudem den Eindruck, dass Eltern ihre Kinder fördern und unterstützen, wo immer sie können.

Gleichzeitig zeigt die aktuelle Studie, wie unterschiedlich die Voraussetzungen in den verschiedenen Bundesländern gesehen und erlebt werden.

Aus der Sicht der Lehrer bieten Bayern und Baden-Württemberg mit Abstand die günstigsten Rahmenbedingungen für die Schulen. Auf dem dritten Rang folgt Sachsen.

Das Konzept der Ganztagschulen stößt auf eine immer breitere Akzeptanz. Während sich im Jahr 2003 noch 49% der Bevölkerung für und 29% gegen das Modell aussprachen, stehen heute 61% diesem Schultypus positiv gegenüber, während ihn 19% ablehnen.

Den größten Vorteil dieses Modells sieht die Bevölkerung in der Entlastung der berufstätigen Eltern (80%). Vorschulische Bildung im Kindergarten wird hingegen zunehmend kritisch beurteilt.

Fanden 2007 noch 54% der Bevölkerung, dass bereits im Kindergarten Grundkenntnisse wie Lesen und Schreiben erlernt werden sollten und hielten dies 38% für verfrüht, so sprachen sich 2011 nur noch 42% für und 49% gegen die Vermittlung von Grundkenntnissen wie Lesen und Schreiben aus.

*(Quelle: Allensbach-Studie im Auftrag der Vodafone Stiftung)*